

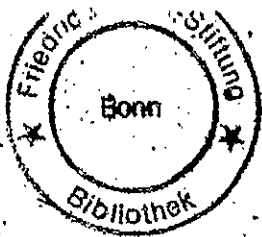
Flüchtlingsnot - Volksnot!

Sozialdemokratische Vorschläge
zur Lösung des Flüchtlingsproblems in
Schleswig-Holstein

Herausgegeben vom Bezirksvorstand Schleswig-Holstein der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Kiel, Bergstraße 11 — Für den Inhalt verantwortlich:
Gustav Schatz, Kiel — Mit Genehmigung der Militärregierung.

A 98 - 11213

Preis 0,20 RM



Hitler hat Wort gehalten!

Kürzlich erklärte ein Ausländer: „Als ich 1936 mit vielen tausend Ausländern zur Olympiade nach Deutschland kam, sah ich glänzende Fassaden und in einer Berliner Ausstellung großprahlerische ‚Beweise‘ nationalsozialistischer Regierungskunst. Wir hörten Hitlers prophetische Worte: „Gebt mir 10 Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht wieder erkennen“. Als ich 1946 wieder nach Deutschland gekommen bin, habe ich gesehen, wie grausam er Wort gehalten hat! Aus den turmhohen Schuttbergen habe ich die hygienischen Wohnsiedlungen der deutschen Arbeiter nicht wieder finden können! Die zum Himmel ragenden Eisenträger haben bei mir keine Erinnerung an werbeschaffende Arbeitsstätten fleißiger Menschen hervorgerufen! Die auf Hitlers Befehl von jugendlichen Werwölfen weit hinter der militärischen Front zerstörten Brücken, Verkehrs- und Kraftanlagen haben das im Herzen Europas liegende Deutschland in eine Einöde verwandelt!“

Armes Deutschland!

Der stellvertretende Leiter der Abteilung Arbeit in Berlin, Magistratsrat Paul Fleischmann, beziffert die Menschenverluste in Europa, die der Hitler-Krieg erforderte, wie folgt:

- 14 450 000 Gefallene,
- 5 500 000 Ermordete,
- 2 860 000 durch Luftangriff Getötete und
- 11 000 000 in KZ Umgebrachte

insgesamt 33 810 000 Menschen.

Das entspricht etwa der Gesamtbevölkerung, die vor dem Krieg in Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien und der Schweiz lebte! (33,9 Millionen Menschen.)

Aus ihrem bisherigen Schaffenskreis wurden gewaltsam herausgerissen

- 29 650 000 Kriegsversehrte,
- 21 240 000 Obdachlose,
- 15 000 000 Heimatlose

insgesamt 65 890 000 Menschen.

Der Verlust an Eigentum wird gekennzeichnet durch die Tatsache, daß etwa 32 Millionen Privatgebäude und 18 Millionen öffentliche Gebäude zerstört worden sind.

Das Weltwirtschaftliche Institut der Universität Kiel nimmt an, daß allein im Restdeutschland 4,7 Millionen Wohnungen neu gebaut und 3,1 Millionen Wohnungen repariert werden müssen. Die Neubaukosten werden — gering gerechnet — mit 8000,— RM, die Reparaturkosten mit 4000,— RM je Wohnung angenommen.

Dann erfordert der Wiederaufbau des zerstörten Wohnraums
rund 50 000 000 000 RMI

Um in Schleswig-Holstein den erforderlichen Wohnraum herstellen zu können, werden

rund 1 600 000 000 RM

benötigt. Wenn die von der einheimischen Bevölkerung aufgebracht werden müßten, so würde das eine Belastung für jede Familie, ob arm oder reich, alt oder jung, von 6000 bis 7000 RM bedeuten!

Wenn für jede vierköpfige Flüchtlingsfamilie der primitivste Bedarf an Hausrat geschaffen werden soll (1 Tisch, 1 Schrank, 1 Herd und für jeden 1 Bett und 1 Stuhl sowie der notwendigste Hausrat), so erfordert das
2,4 Milliarden Reichsmark!

Für jeden Flüchtling 1 Anzug, 1 Mantel, 1 Paar Schuhe, 2 Garnituren Unterwäsche, 1 Kopfbedeckung, 2 Decken und 2 Handtücher erfordern
rund 2,5 Milliarden Reichsmark!

Das Milliarden-Vermögen an verlorenen Sparguthaben und Notgroschen ist noch nicht ermittelt.

Keine Zahl nennt die Not der jungen hoffnungsvollen Menschen, die ihre Gliedmaßen verloren haben, die das Augenlicht oder den Verstand einbüßten, und die, statt Helfer in der Not zu sein, jetzt selber hilfsbedürftig geworden sind!

Und niemand kann in Zahlen ausdrücken, welche seelische und körperliche Not die Millionen Kriegerwitwen und Waisen erleiden, die ihren Ernährer verloren haben.

Nach den deutschen Sozialversicherungsgesetzen wird bei jeder Lohnzahlung den Arbeitern und Angestellten etwa 10 Prozent als Beitrag zur Versicherung für den Fall der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität und des Alters abgezogen und an Versicherungsträger abgeführt. Die Versicherungsträger mußten durch die Nazi-Gesetzgebung ihr Vermögen für die Kriegswirtschaft hergeben. Dadurch verloren diese Anstalten der Arbeiter und Angestellten

rund 14,5 Milliarden Reichsmark

und weitere 5 Milliarden durch zerstörte Heime, Anstalten und Verwaltungsgebäude!

Den Nazis waren angeblich Kanonen lieber als Butter. Jetzt ist das genossenschaftliche Milliarden-Vermögen der Arbeiter und Angestellten buchstäblich verpulvert, die Kanonen sind — glücklicherweise — kaputt. Aber wer sorgt für den Lebensabend der Alten und Invaliden, die 50 Jahre beigetragen haben zu dem Grundstock ihrer Versicherung?

Wie alles andere haben die Nazis auch diese Einrichtung, die einst vorbildlich in der ganzen Welt dastand, zerschlagen und verspielt! Man kennt Deutschland nicht wieder!

Das Flüchtlingsproblem

Während der dreieinhalb Jahre, in denen die Vereinigten Staaten von Amerika im Krieg mit Deutschland standen, haben nach Zeitungsmeldungen 16 Millionen Amerikaner — 13 Millionen Erwachsene und 3 Millionen Jugendliche — ihren Wohnort verlassen und sind „gewandert“. Mehr als 2 Millionen zogen über die Rocky Mountains in die Industriegebiete an der Küste des Pazifik.

In der Zeit von 1870 bis 1938 wanderten mehr als 3,5 Millionen Deutsche in alle Teile der Welt aus. 10 Millionen Deutsche wohnten vor diesem Kriege außerhalb Europas und 20 Millionen in außerdeutschen Ländern in Europa.

In Deutschland wanderten seit einem Jahrhundert Millionen von Menschen aller Bevölkerungsschichten vom Land in die Stadt. Zwischen 1933 und 1939 waren es mehr als 2 Millionen, die trotz des Nazi-Schlagwortes von der Gebundenheit der Menschen durch „Blut und Boden“ ihren Wohnsitz verließen, um in der neuen hitlerschen Kriegsindustrie zu arbeiten.

Viel größer ist die Zahl der Deutschen, die unter dem Hitler-Regime als Ballendeutsche, Wolgadeutsche, Schwarzmeerdeutsche, Siebenbürger, Wolhyniendeutsche und Deutsche aus dem Banat und Bessarabien Haus und Hof verließen oder verlassen mußten. In der Bevölkerungsstatistik der letzten 50 Jahre sind solche Millionenzahlen keineswegs ungewöhnlich.

Das Flüchtlingsproblem der Gegenwart liegt nicht so sehr in der Millionenzahl der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen begründet. Das Flüchtlingsproblem liegt in der Unmenschlichkeit der Bedingungen, unter denen die Flüchtlinge ihre Heimat verlassen mußten.

Seit vielen Jahrhunderten ist nichts Vergleichbares an Not und Erniedrigung, an Hilflosigkeit und Verlassenheit, an Grausamkeiten und Härten, an körperlichen und seelischen Leiden mehr erlitten worden als dasjenige, das sich hinter dem Wort „Flüchtlingsland“ in der Gegenwart verbirgt.

Ganze Provinzen wurden verjagt, ganze Generationen, vom Säugling bis zum Greis, buchstäblich vertrieben, mit Gewalt vom Haus und Hof entfernt, in ein ungewisses Schicksal hineingestoßen. Ein Heer von Elenden und Verzweifelten zog vom Osten zum Westen! Viele Tausende, besonders Greise und Kinder, die den Elendsweg antraten, haben kein Ziel erreicht, kraftlos brachen sie am Wege zusammen.

Der erste Schub der Ostflüchtlinge kam im Januar/Februar 1945 in Bewegung. Bei bitterster Kälte wurden sie in Ostpreußen und Schlesien in Marsch gesetzt, oft unter dem Zwang der SS, die vorgab, es handele sich um eine kurzfristige Räumung, in zwei Wochen sei alles wieder in Ordnung!

Die meisten hatten keine Ahnung von dem Leidensweg, der ihnen bevorstand: Viele Kilometer auf verschneiten, kaum passierbaren Landwegen, in überfüllten Frachtkähnen, in ungeheizten Eisenbahnzügen. Viele führten das Notwendigste auf Kinderwagen und Handwagen mit, nur wenige brachten es bis zum Ziele durch.

Und dann kam der zweite Schub! Zu Potsdam tagte am 2. 8. 45 die Dreierkonferenz, von vielen mit Hoffnung auf Rückkehr-Möglichkeiten erwartet, andere sahen ihr mit Bangen entgegen! In dem amtlichen

Kommunique über die Potsdamer Konferenz

heißt es u. a.:

„Auch die Festlegung der polnischen Westgrenze wird erst auf der Friedenskonferenz endgültig geregelt werden. Bis zu dieser Regelung übernimmt Polen selbständig die Verwaltung der früheren Gebiete ostwärts einer Demarkationslinie, die folgendermaßen verläuft: Von der Ostseeküste unmittelbar westlich Swinemünde entlang der Oder bis zur Mündung der westlichen Neiße, bis zur tschechischen Grenze, einschließlich desjenigen Teils von Ostpreußen, der nicht unter sowjetrussische Verwaltung gestellt wird und einschl. des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig. Die Konferenz hat beschlossen, daß die deutschen Minderheiten in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn wenigstens zum Teil nach Deutschlands zurückgeführt werden müssen und daß

Jeder Bevölkerungsschub dieser Art in geordneter und humaner Weise vor sich gehen soll!“

Was enthält dieses Kommunique für Probleme?

4,9 Millionen Schlesier, 1,75 Millionen Pommern und 600 000 Brandenburger unter polnischer Verwaltung; Ostpreußen mit 2,5 Millionen Deutschen zwischen Russen und Polen aufgeteilt!

Nach einer Meldung des Alliierten Kontrollrats vom 26. 11. 45 hat dieser folgenden Plan für die Evakuierung von Deutschen aufgestellt:

Aus Polen 3 500 000 Deutsche, davon

1 500 000 in die britische Besatzungszone und

2 000 000 in die sowjetrussische Besatzungszone,

aus der Tschechoslowakei 2,5 Millionen, davon

1 750 000 in die amerikanische Zone,

750 000 in die sowjetrussische Zone,

aus Ungarn 500 000 in die amerikanische Zone und

aus Oesterreich 150 000 in die französische Zone.

Es erhob sich die Frage, was heißt „aus Polen“? Welche Grenze ist gemeint, da doch von den „Minderheiten“ die Rede ist! Das lehrte bald die Praxis. Rücksichtslos begann die Räumung, jedes Dorf und jede Stadt in den bisherigen deutschen Ostprovinzen wurde betroffen, wo es niemals „deutsche Minderheiten“ gegeben hat, sondern die r e i n d e u t s c h waren, solange sie bestanden!

Es ist bisher nicht bekannt, wieviel Deutsche sich noch in den deutschen Ostprovinzen befinden, die einst von 9 Millionen Deutschen bewohnt waren. Nach einer Erklärung des polnischen Ministers „für die wieder eingegliederten Westgebiete“ sollen sich Ende 1946 dort noch 900 000 Deutsche befunden haben.

Mehr als eine Million Menschen, davon dreiviertel Million aus den deutschen Provinzen östlich der Oder/Neiße, strömten nach Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein hat nicht soviel zerstörten Wohnraum als das Ruhrgebiet und einzelne Gebiete in Mitteldeutschland. Es hat aber die

größte Häufung total zerstörter Menschenseelen!

Heimatlos, obdachlos, erwerbslos und völlig mittellos kam eine Millionenschar in unser kleines Land! Was nutzen hier noch Anklagen und Vorwürfe? Diese Opfer des Hitlerwahnsinns haben alle Erniedrigungen der Armut und der Heimatlosigkeit auf den trostlosen Wanderstraßen kennen gelernt. Mancher, der früher mit Begeisterung mitgegangen hat: „Wozu sind die Straßen da, zum Marschieren?“ ist irgendwo am Straßenrand elend zusammengebrochen!

Es mag im Anfang verlockend gewesen sein, im Jahre 1945 die Flüchtlinge und 1946 die Heimatvertriebenen nach Schleswig-Holstein zu leiten, in diese blühende Agrarprovinz mit seinen friedlichen Dörfern und sauberen Kleinstädten. Sie blieb von der furchtbaren Kriegsfurie weitgehend verschont. Nur eine furchtbare Wunde: In der Landeshauptstadt Kiel wurden 7466 Häuser mit 38 062 Wohnungen total zerstört, 2627 Häuser mit 6883 Wohnungen schwer beschädigt. Von den ehemals 83 000 Wohnungen waren im Mai 1945 nur noch 25 000 bewohnbar. Harte Faustschläge trafen auch Neumünster, Lübeck, Oldesloe und Elmshorn. Aber etwa 1300 Orte blieben verschont.

Hier hinein flutete pausenlos der Strom der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen, viele Tausende in jeder Woche. Die normalen Unterkünfte für Menschen waren längst überbelegt, aber unaufhaltsam lenkte die Militärregierung die Schiffe und Eisenbahnzüge mit den Menschen nach hier, die nach dem frivolen Wort von Goebbels nur „ein leichtes Gepäck mitzuschleppen“ brauchten. Und Tausende kamen zu Fuß „schwarz über die grüne Grenze“, Menschen jeden Alters und Geschlechts, die unmögliches an Leib und Seele

ertragen hätten, oft ausgeplündert bis auf das allerletzte, unterernährt und von Mißhandlungen und anderen Gewaltanwendungen seelisch und körperlich einfach fertig!

Die Weltpresse hat auf die Verhältnisse hingewiesen. Im britischen Parlament bezeichnete man die Vorgänge im deutschen Osten als die

größte Tragödie der Weltgeschichte.

Der Papst Pius XII. schrieb an den Kardinal Faulhaber:

„Wir sind wohl unterrichtet über die überaus traurigen Vorkommnisse, die sich in Ostdeutschland in den letzten Monaten abgespielt haben.“

Das letzte bißchen Hoffnung, das die Flüchtlinge sich noch trotz aller bitteren Enttäuschungen bewahrt haben, geht verloren, wenn sie in die schon längst überfüllten Dörfer und Städte kommen, wenn nicht nur die Einheimischen, sondern auch die vor ihnen angekommenen Leidensgenossen in ihnen eine unliebsame nicht mehr tragbare Einschränkung erblicken.

Selten nur trifft eine ganze Familie geschlossen ein. Die Familienväter fehlen in der Regel; auch die arbeitsfähigen Söhne und Töchter mußten meistens zurückbleiben, einem ungewissen Schicksal überantwortet!

Die Heimatlosen finden keine neue Heimat, die sie mit offenen Armen aufnimmt. Eine neue Sprache müssen sie sprechen lernen: Vergebliches Bitten um menschenwürdige Verhältnisse!

Viele lernen hier die Richtigkeit des Wortes; daß es drei Dinge gibt, die man erst zu schätzen beginnt, wenn man sie nicht mehr besitzt: Jugend, Gesundheit, Heimat! Die Tränen, die um die verlorene Heimat im Osten geweint wurden, sind so zahlreich geworden wie Wassertropfen im Meer.

Die einheimische Bevölkerung hat das bessere Los getroffen. Sie ist in ihrer alten Heimat verblieben, sie brauchte den bitteren und harten Weg im Flüchtlings-Treck nicht mitzumachen.

Aber — 170.000 schleswig-holsteinische Männer sind nicht aus dem Krieg zurückgekehrt, das sind mehr als 12 Prozent der Gesamtbevölkerung! Zahllose Frauen und Mütter harren seit Jahren auf die Rückkehr ihrer Lieben, die sich in Kriegsgefangenschaft befinden oder deren Schicksal unbestimmt ist: Vermißt — — —

Alein in Kiel erlitten 80 Prozent aller Einwohner Bombenschaden, der größte Teil der Betroffenen stand am Ende des Krieges am Grabe seiner Habe. Noch heute können 20.000 „alte Kieler“ nicht in ihre alte Heimatstadt zurück, weil kein Raum frei ist. 12.000 Menschen wohnen in Ruinen, die die Baupolizei als einsturzgefährdet bezeichnet hat.

Mehr als 16 Prozent des gesamten Wohnraumes in Schleswig-Holstein ist vernichtet. Ein Viertel der Bevölkerung sah in dem Bombenhagel dem Tode buchstäblich ins Auge!

Mehr als 60.000 schleswig-holsteinische Arbeiter, Angestellte, Handwerker und Gewerbetreibende verloren nicht nur ihr gesamtes Hab und Gut, sondern auch ihre Arbeitsstätte, ihre Existenz!

Die Landbevölkerung kennt die Schrecken des Luftkrieges aus hundertsten ängstlich durchwachten Nächten. Sie nahm die Ausgebombten aus Hamburg, Kiel und Lübeck auf und teilte mit ihnen, was sie damals noch im Ueberfluß besaß. Sie half den Flüchtlingen, als die im Januar/Februar 1945 aus Ostpreußen und Schlesien kamen. Und sie hilft noch heute in tausenden von Fällen — oft still und ungesehen!

Wenn der frühere amerikanische Präsident Hoover nach seiner Inspektionsreise feststellt, daß er nirgendwo so schlechte Wohnverhältnisse angetroffen

habe wie in Schleswig-Holstein, so trifft das sowohl die Flüchtlinge als auch die Einheimischen.

Wo früher 7 Schleswig-Holsteiner sich häuslich niedergelassen hatten und dementsprechend mit Betten, Schränken und Geschirre ausgestattet waren, da müssen heute 13 Personen sich den Raum und alles was darin ist, teilen!

Die schleswig-holsteinische Bevölkerung ist soweit in ihren Behausungen zusammengedrückt, daß noch 1.222.258 Männer, Frauen und Kinder mithauseh können! Das ist eine einmalige Leistung, die auch dadurch nicht geschmälert wird, wenn hier oder dort Härten oder Ungerechtigkeiten vorgekommen sind.

Welche Summe Arbeit, Mühe und Verdruß darin steckt, davon weiß mancher einheimische Bürgermeister und mancher Flüchtlingsbetreuer ein Lied zu singen! Eine kleine Begebenheit am Rande vermerkt: Es war leichter, für 1,2 Millionen Menschen eine Schlafstelle zu finden, als für die Hausfrau ein kleines Plätzchen auf dem Kochherd!!

In dem zweijährigen Kampf gegen das Elend und die Not ist manchem Einheimischen die Kraft ausgegangen, er kann nicht mehr tun, als er bereits tat. Viele haben viel getan; von freiwilligen Helfern wurden Geld- und Sachspenden gesammelt, die viele Millionen Reichsmark ausmachten und zusätzlich zur Steuerung der ärgsten Not verwendet wurden; manche Träne ist getrocknet worden, mancher Mutter ist von ihrer schleswig-holsteinischen Schwester in stiller Hilfsbereitschaft geholfen worden. In manchem Dorf haben Arbeiter, Handwerker und Bauern gemeinsam oder einzeln ihre Hilfsbereitschaft voll unter Beweis gestellt.

Böse Menschen gibt es auf beiden Seiten, wie es auf beiden Seiten Nazis gibt, die aus ihrer „glorreichen Kampfzeit“ her es gewohnt sind, die von ihnen und ihren „Führern“ in Not und Bedrängnis gebrachten Menschen für politischen Terror und Skandal reif zu machen!

Der Flüchtlingsstrom ist für Schleswig-Holstein abgeebbt. Spärlich fließt nur noch der Strom derjenigen, die es trotz Warnung und Gefahr immer wieder wagen, „schwarz über die grüne Grenze“ zu gehen.

Aber noch erwarten die Einheimischen und die Flüchtlinge gemeinsam viele Tausende aus der Kriegsgefangenschaft zurück. Aus Dänemark wollen von den dort noch hinter Stacheldraht harrenden 200.000 Deutschen etwa 30.000 nach Schleswig-Holstein. In tausenden von Fällen sind die Familien noch nicht vereint, weil eine unübersteigbare Zonengrenze sie noch voneinander trennt.

Das Land Schleswig-Holstein hat über eine Million Menschen aufgenommen, es hat sie aber noch nicht verdaut! Die Werften in Kiel sind zerstört oder stillgelegt, die übrigen Industriebetriebe wegen Rohstoff- oder Kohlenmangel nicht in Betrieb. Handwerk und Landwirtschaft sind nur bedingt aufnahmefähig.

Behörden, Dienststellen, Vereinigungen und Einzelpersonen haben vieles geschafft, mehr bleibt noch zu tun.

Ein Vergleich der beschäftigten Arbeiter Mitte 1938 und Ende 1946 ergibt folgende aufschlußreiche Zahlen:

Mitte 1938	Männer	Frauen	insgesamt
Wirtschaftsabteilungen:			
1. Land- und Forstwirtschaft	54 483	19 688	74 171
2. Industrie und Handwerk	170 084	27 440	197 524
3. Handel und Verkehr	52 326	20 534	72 860
4. Off. Dienst u. priv. Dienstleistungen	38 621	18 014	56 635
5. Häusliche Dienste	119	42 590	42 709
Gesamtwirtschaft Schleswig-Holstein	315 633	128 266	443 899

Ende 1946	Männer	Frauen	Insgesamt
Wirtschaftsabteilungen:			
1. Land- und Forstwirtschaft	107 594	36 247	143 841
2. Industrie und Handwerk	188 339	42 167	230 506
3. Handel und Verkehr	83 873	30 763	114 636
4. Off. Dienst u. priv. Dienstleistungen	50 166	40 422	90 588
5. Häusliche Dienste	298	60 951	61 249
Gesamtwirtschaft Schleswig-Holstein	430 270	210 550	640 820

Den 200 000 Menschen, meistens Flüchtlinge, die neu in den Arbeitsprozeß eingegliedert worden sind und von denen die Landwirtschaft allein 70 000 aufgenommen hat, stehen noch 24 000 voll einsatzfähige Männer und 16 000 Frauen und Mädchen gegenüber, die noch keinen Arbeitsplatz fanden (in der englischen Zone waren es Ende 1946 insgesamt 318 000).

Arbeitsfähige, die vom Arbeitsamt vorübergehend vom Arbeitseinsatz befreit worden sind, wurden 25 000 Männer und 386 000 Frauen (in der Regel Mütter kleiner Kinder) gezählt. Die Arbeitsämter registrierten ferner 94 101 Personen, die sie wegen Körperschäden nicht vermitteln können.

In diesen Zahlen sind die völlig Arbeitsunfähigen und Altersrentner nicht enthalten.

Die schleswig-holsteinische Landesversicherungsanstalt zahlt Alters- und Invalidenrente an etwa 27 000 Flüchtlinge, davon stammen

11 000 aus Ostpreußen,
10 000 aus Pommern,
1 700 aus Danzig-Westpreußen,

der Rest aus Schlesien, Posen usw.

Daß in Schleswig-Holstein (im Gegensatz zu anderen Ländern) die

Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Einheimischen

bereits weitgehend verwirklicht worden ist, zeigen auch folgende Zahlen:

Von 2407 Flüchtlingen wurden innerhalb einer gewissen Zeit Anträge auf Zulassung für den Einzelhandel und das Wandergewerbe gestellt. In 1678 Fällen konnte der Antrag genehmigt werden. Das sind rund 70 Prozent genehmigte Fälle. Von den Anträgen der Einheimischen konnten in dem gleichen Zeitraum nur 67 Prozent Berücksichtigung finden.

In 4002 Fällen stellten Flüchtlinge Anträge an die Handwerkskammern. Davon konnten 86 Prozent Berücksichtigung finden, 3433 wurden neu zugelassen neben 3373 Einheimischen, die meistens aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt waren oder als Total-Bombengeschädigte eine neue Existenz aufbauen mußten.

In den freien Berufen sind die Verhältniszahlen für die Flüchtlinge noch günstiger.

Von der Gesamtbevölkerung in Schleswig-Holstein von 2 797 514 waren Ende 1946 nur 669 300 in Lohn und Arbeit und 195 079 selbständig oder als Familienangehöriger im eigenen Betrieb tätig. Sie müssen für etwa 2 000 000 Menschen das Brot mitschaffen!

Das Land Schleswig-Holstein zahlt nach seinem Haushaltsplan für 1946 an mehr als ein Viertel aller Flüchtlinge die Familien-Unterhalts-Unterstützung, insgesamt etwa 180 Millionen RM im Jahr. Dabei ist die Einzel-Unterstützung völlig unzureichend!

In den Kreisen und Gemeinden werden zusätzlich viele Millionen für Flüchtlings-Hilfe in ärgster Not ausgegeben.

Tausende Hilfsbedürftige finden keine Aufnahme mehr in Heimen; die Tuberkulose Heilstätten sind auf viele Monate im voraus besetzt. Den armen Menschen, die von dieser Geißel der Menschheit betroffen werden, kann neben anderem aus Mangel an Raum nicht geholfen werden.

Aus Mangel an Raum verkommen Jungen und Mädchen, die ohne elterliche Autorität und mütterliche Liebe mit dem HJ-Gift im Körper allein durch die Länder stolchen!

Die Gesundheitsbehörden berichten über erschreckende Untersuchungsergebnisse bei den Kindern! Ein rein ländlicher Kreis wie Rendsburg zählt mehr als 15 000 Kinder in völlig unzureichendem Ernährungszustand. In den anderen Kreisen ist es nicht viel besser. Bei einer Viertel Million Kinder in Schleswig-Holstein stellen die Ärzte einen schlechten Ernährungszustand fest! Ursache? Mangel an Milch und Stärkungsmitteln!

Aus Mangel an Raum, aus Mangel an Rohstoffen, aus Mangel an Kohlen, aus Mangel an Ackerboden, aus Mangel an Kleidung, aus Mangel an allem...

Das ist das Flüchtlingsproblem!

Das ist das Erbe, das Hitler und Göring, das Koch, Hanke und Lohse und all die vielen anderen Verbrecher hinterlassen haben! Alles haben sie verspielt!

Die Lage ist nicht dadurch erleichtert, daß die deutschen Verwaltungsstellen zunächst gänzlich ausgeschaltet und später nur ausführende Stellen der Militärregierungen waren. Die unüberwindlich erscheinenden Zonengrenzen erschweren jede planvolle Regelung. Die aus dem Kriegsgeschehen heraus geborenen Verwaltungsapparate der Militärregierungen sind im Aufbau und Ziel grundverschieden und scheinbar nicht in der Lage, der Schwierigkeiten Herr zu werden!

Das Schicksal des Flüchtlings ist geregelt durch grundsätzliche Beschlüsse der Potsdamer Konferenz im Jahre 1945, durch Anordnungen des obersten Kontrollrates in Berlin, durch Ordonnanzen und Verfügungen der britischen Militärregierung in Oynhausen und Kiel oder der Sowjetischen Militäradministration in Berlin und der polnischen Verwaltungsstellen in dem Gebiet östlich der Oder/Neiße-Linie. Dazu kommen die tausenderlei Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen, die aus der Hitler-Zeit noch Gültigkeit haben, und neue Anordnungen der Landesregierung, der Landräte und Bürgermeister!

Wenn nicht die Qualität dieser Vorschriften im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Riesenzahl stände, dann — ja dann könnte sich kein Flüchtling beklagen: Vorschriften sind keine Mangelware!

Jeder Einsichtige ist sich aber auch darüber völlig klar, daß ein Problem von solcher Größe nicht durch Verwaltungsvorschriften gelöst werden kann.

Die politischen Parteien zum Flüchtlingsproblem

Da das Flüchtlingsproblem ein politisches ist, steht es im politischen Geschehen unserer Zeit an erster Stelle.

Die CDU hat seit einigen Wochen mit hochtönenden Worten verkündet, daß sie jetzt einen „waschechten“ Flüchtling in das zuständige Kabinett als Flüchtlingsminister entsandt habe. Unberechtigterweise wirft sie der SPD vor, daß diese es verhindert habe, daß ihr großer Mann nicht schon im Sommer seinen

Marsch von der Volksversammlung in der Elac in Kiel ins Ministerium für Volkswohlfahrt antreten konnte. Es ist der CDU aus dem Gedächtnis gekommen, daß damals der Landtag den einstimmig gefaßten Beschluß des Landtagsausschusses für Flüchtlingsfragen billigte, der ein besonderes Flüchtlingsministerium unter der Leitung von Dr. Ryba als unzweckmäßig ablehnte.

Nach wochenlanger bombastischer Reklame in Wort und Schrift erschien schließlich der Entwurf einer Verordnung von dem „waschechten“ Flüchtling, der fälschlich vorgab, der einzige Minister aus Flüchtlingskreisen zu sein. Nach der Ueberschrift will diese Verordnung das

Flüchtlingswesen in Schleswig-Holstein

regeln. Dr. Ryba stellt in der Einleitung zum Gesetz fest, daß sich bisher ein Mangel nicht so bemerkbar gemacht hat. Den hat er jetzt entdeckt, und den will er jetzt durch sein mit so großem Aufwand an Stimmkraft und Drucker-schwärze lange angekündigtes Flüchtlingsgesetz gründlichst beheben. Er will alle süddeutschen Staaten persönlich aufgesucht haben, um diesen Mangel auch aus der Ferne beobachten zu können.

Worin erblickt nun Dr. jur. Ryba den angeblich während seiner Regierungstätigkeit hervorgetretenen Mangel?

Meint er den jedem Flüchtling- und Einheimischen bekannten Mangel an Wohnraum, an Kleidung, Feuerung und Arbeitsgelegenheit, an Helmen und Betten? Nein! Seine juristische Begabung hat ihm die erschreckende Feststellung ermöglicht:

Wir haben einen furchtbaren Mangel an Verwaltungsvorschriften für die Flüchtlinge!

Deshalb schuf er flugs ein Gesetz, das es ihm ermöglichen sollte, Verwaltungsvorschriften am laufenden Band herausgeben zu können. Hitler verlangte 1933 so eine Blankovollmacht für das Verordnungswesen für ein ganzes Kabinett, Dr. Ryba verzichtet auf die Mitarbeit seiner Kollegen, er verlangt alle Rechte und Zuständigkeiten nur für sich. In allen Flüchtlingsangelegenheiten will er allein zuständig sein, in jedem Verfahren die letzte Entscheidung treffen. Ob Einheimische in den Dienststellen und in den Kommissionen und Ausschüssen arbeiten, oder ob es Flüchtlinge sind, seine Entscheidung soll immer möglich sein. Er will nicht nur die Ausgebombten und die politischen Opfer des Nazismus mitbeglücken, er will sogar für jede Gemeinde und für jeden Kreis die Zuständigkeiten ohne Parlament und Kabinett ändern, wie es ihm beliebt.

Daß er sich bei diesem Machthunger nicht von den Interessen der Flüchtlinge leiten ließ, konnten ihm die sozialdemokratischen Redner im Landtag an einem Beispiel nachweisen. In der Frage der Wohnraumbewirtschaftung hatte Dr. Ryba als Minister einen maßgeblichen Einfluß. Für dieses Gebiet schloß dieser Flüchtlingsvertreter jede Mitwirkung der von ihm geplanten Flüchtlingsstellen und Flüchtlingsausschüsse aus!

Es hat noch nie einen Diktator gegeben, der sich von anderen in seinen Kram hineinregieren ließ!

Das von Dr. Ryba geschaffene Flüchtlingsgesetz wurde von der CDU-Fraktion dem Landtag zugeleitet. So war die Situation am 28. Februar 1947, als der Landtagspräsident nach zehnstündiger Verhandlung den Abgeordneten und den gedulden Zuhörern auf den überfüllten Tribünen den lange erwarteten Tagesordnungspunkt ankündigte.

Als man erwartete, daß der Minister mit den vielen Vorschußlorbeeren am 100. Tag seiner Regierungstätigkeit in einer mitreißenden Rede politische

Freunde und Gegner davon überzeugen würde, daß der von ihm entdeckte Mangel an Verwaltungsvorschriften das Flüchtlingsproblem zu beeinflussen imstande sei, da gab es eine Enttäuschung: Die CDU zieht das Gesetz zurück! Der Mangel an Verwaltungsvorschriften soll unbefriedigt bleiben! Dr. Ryba soll keine Vollmacht haben, den Landräten und Oberbürgermeistern, den Kreis-, Stadt- und Gemeindedirektoren und den Vertretungen in Stadt und Land neue Zuständigkeiten zu verordnen!

Seine geheimnisvolle Andeutung in der Landtagsrede, daß sein Entwurf ihm Entwicklungsmöglichkeiten gebe, von denen die sozialdemokratische Fraktion keine Ahnung habe, soll leer im Raum verklingen!

Was hatte sich hinter den Türen der CDU-Fraktion abgespielt?

Auf die Frage des sozialdemokratischen Fraktionsführers Gayk, warum das CDU-Flüchtlingsgesetz zurückgezogen sei, erklärt der Fraktions-Kollege von Schröter und Ryba, Ministerpräsident Steltzer, daß er und seine Ministerkollegen aus der CDU und der SPD diesen Gesetzentwurf nicht gebilligt hätten. Hatte Herr Schröter inzwischen das Gesetz selbst aufmerksam gelesen, oder hatte er die Hilflosigkeit „seines“ Fachministers erkannt, der den grenzenlosen Mangel der Flüchtlinge an allen Dingen des täglichen Lebens nur durch die Brille des Volljuristen sieht? Mangel an Verwaltungsvorschriften!

Da die CDU scheinbar nur einen Fachmann für Flüchtlingsnot in ihren Reihen hat, meldete sie ihren geistigen Bankrott an und zog den Gesetzentwurf zurück. Damit entzog sie dem im Werden begriffenen Diktator aller Flüchtlinge zwar die diktatorischen Vollmachten, wollte aber den „Diktator-Anwärter“ für alle Fälle konservieren.

Dieses gefährliche Spiel hat die sozialdemokratische Fraktion nicht mitgemacht!

Als Hüterin echter Demokratie lehnt sie alle Diktatoren grundsätzlich ab.

Die von Dr. Ryba selbst und seinen Parteifreunden für ihn geltend gemachte Unerfahrenheit im Parlamentarismus hat er glänzend unter Beweis gestellt. Sie ist auch von niemanden in Zweifel gezogen worden. Während seiner Zugehörigkeit zur Reiter-SA konnte er keine Ausbildung in parlamentarischen Sitten und Gebräuchen bekommen. Sein Gesetzentwurf beweist aber seine Begabung für einen „Diktator von Format“. Er verlangt alle Vollmachten ohne jede Einschränkung für alle Flüchtlingsschicksale. „Er“ will in allen und jeden Dingen die letzte Entscheidung haben. „Er“ will über alle Beschlüsse und Entscheidungen aller Instanzen in den Gemeinden und Kreisen hinweg das letzte Wort haben.

Darauf kam es entscheidend an, nicht auf den organisatorischen Aufbau der Verwaltung, solange dieser Mittel zum Zweck bleibt, nämlich eine geordnete Verwaltung auf demokratischer Grundlage durchzuführen. Hier aber sollte die mit demokratisch gefärbten Ausschüssen reichlich versehene Organisation dem Volkswohlfahrtsminister Dr. Ryba ein Diktator-Regiment ermöglichen.

Niemand hat etwas dagegen, wenn in der Wohngemeinde X. oder Y. für die Klärung der Fragen, die zu lösen sind, die Flüchtlinge weitgehendst herangezogen werden. Jeder Bürgermeister und Landrat wird dankbar sein für jede Anregung, die er bekommt. Dazu braucht man aber nicht in jedem Dorf eine Trennung der Verwaltung für die Einheimischen und die Flüchtlinge, zahlreiche neue Dienststellen mit neuen Beamtenstellen, die aus dem Steuerertrag bezahlt werden müssen. Die SPD will die Verwaltung vereinfachen, nicht noch mehr aufblähen. Die Schaffung neuer Dienststellen und die

Trennung in der Gemeinde- und Kreisverwaltung unterscheidet den Rybaschen Vorschlag auch grundsätzlich von den Flüchtlingsgesetzen in den anderen Ländern. Aber — darum geht es hier ja gar nicht!

Hier geht es nur um die Macht!

Alle Vernünftigen wollen die junge Demokratie pflegen und schützen. Daß das notwendig ist, zeigt am deutlichsten der „Fall Ryba“. Die CDU versucht ihrem Fachminister eine diktatorische Macht von einmaligem Umfang zuzuschleichen. Als die SPD als Wächterin einer wahren Demokratie das ebenso entschieden wie selbstverständlich verhinderte, schreit sie in der bekannten Manier: Haltet den Dieb! Nachdem ihr das Spiel mißlungen ist, alle Flüchtlinge der Alleinherrschaft eines jungen unerfahrenen Mannes zu unterstellen, der vorbeihaut, trotzdem ihn Herr Schröter ernsthaft „gerüffelt“ hat, da behauptet sie: Die SPD hat kein Herz für die Flüchtlinge, was anderweitig eingeführt ist, wollen die Sozialdemokraten hier verhindern. Das ist bewußt falsch! Von anderen Ländern hatte Dr. Ryba lediglich einige organisatorische Regeln abgeschrieben! Die anderweitig gebildeten Ausschüsse haben einen bestimmten Zweck, dem sie dienen sollen. Die von Dr. Ryba vorgesehenen Ausschüsse von 20—50 Personen je nach Größe des Ortes oder Kreises sollen die Diktatur des Ministers verdecken. Das ist der Unterschied!

Der CDU-Wohlfahrtsminister wollte für die Flüchtlinge eine neue Wohlfahrtsorganisation schaffen, eine modernisierte NSV mit hauptamtlichen Kreisleitern und Ortsgruppenwählern und einem in die Tausenden gehenden ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterstab. Alles unter seinem Oberkommando.

Damit wäre die Flüchtlingsfrage verewigt worden. Eine sinnvolle Eingliederung der Flüchtlinge in das soziale und kulturelle Leben Schleswig-Holsteins mußte dieser Riesenorganisation und deren besoldeten „Leitern“ noturnotwendig Abbruch tun und wäre deshalb von diesen erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht worden.

Diese Absicht des Rybaschen Entwurfes haben die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten erkannt. Auch die übrigen Landtagsfraktionen konnten sich dem nicht verschließen. Die Einstimmigkeit der CDU-Fraktion für ihren Minister war doch nur von vorübergehender Dauer. Wenn einige Tage später 29 prominente Vertreter der CDU sich gegen Dr. Ryba wandten, dann ist damit wohl der Beweis erbracht, daß er auf dem Ministersessel ein völliger Versager war. Dabei kann die Frage unentschieden bleiben, was dabei die überwiegende Rolle gespielt hat, die von seinen Freunden behauptete jugendliche Unerfahrenheit, die falsche Erziehung als SA-Reitersmann oder eine innere Berufung als Diktator.

Die Sozialdemokratie lehnt einen „Führer“ der Flüchtlinge ab. Das Flüchtlingsschicksal darf nicht von geschäftstüchtigen Leuten für einen lohnenden Beruf mißbraucht werden, auch nicht, wenn es unter der Bezeichnung Minister geschieht.

Flüchtling oder Heimatvertriebener zu sein, ist ein hartes und bitteres Schicksal, aber keine Lebensaufgabe.

Im Interesse der Flüchtlinge und der Einheimischen, der Alten und der Jungen, muß das Flüchtlingsproblem gelöst werden. Darin stimmen alle überein, die das Beste für Deutschland und die Welt wollen. Nur eine Gruppe hat ein Interesse an einer ewig blutenden Wunde: die fanatischen Nationalisten in aller Welt! Die gibt es auch in Schleswig-Holstein. Sie sind gleich gefährlich, ob sie aus Schlesien oder Ostpreußen stammen, oder ob sie „den wahren Geist“ auf schleswig-holsteinischem Boden anerkennen bekommen haben.

Die SPD ist sich der Schwere des Flüchtlingsproblems vollständig bewußt!

Aber sie erfüllt für seine Lösung eine Voraussetzung! Seit Jahrzehnten steht sie auf dem Boden einer internationalen Verständigung und des Ausgleichs der Völkergegensätze. Nie wird sie ihre Grundsätze verraten können, ohne sich selbst aufzugeben. Sie ist auch in dieser Zeit die Partei der Notleidenden und damit auch die der Heimatvertriebenen.

Für alle Heimatvertriebenen, die guten Willens sind, am Aufbau Deutschlands mitzuarbeiten, ist

die SPD die politische Heimat!!

Die alten Mitglieder der SPD von vor 1933 finden hier ihre Kampfgefährten wieder, mit denen sie ein unlösbares Band verbindet. Alle aber finden hier Schicksalsgenossen, vereint im Kampf gegen die Sorgen und Nöten des täglichen Lebens. Dieser Kampf, den früher die Sozialdemokraten in Schlesien, Ostpreußen und Pommern ebenso kämpften, wie die in Schleswig-Holstein, war damals, ist heute und bleibt immer ein politischer Kampf!

Es ist keine Interessenvertretung einer Gruppe oder eines Berufsstandes!

Es ist der Kampf um die Gleichberechtigung in politischer, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht!

In diesem Kampf nimmt das Flüchtlingsproblem die erste Stelle ein.

Die SPD will das Problem lösen, nicht verewigen!!

Seit dem ersten Tage ihrer Wiedezulassung als politische Partei hat sie durch ihren Parteivorsitzenden Dr. Schumacher erklären lassen, daß sie sich im Interesse des deutschen Volkes, aber auch im gesamt-europäischen Interesse gezwungen sieht, um jeden Quadratmeter deutschen Bodens im Osten zu ringen. Frei von jeder nationalistischen Tendenz hat sie immer und immer wieder erklärt, daß die

Oder/Neiße-Linie niemals die deutsche Ostgrenze

sein kann und nicht werden darf!

In Polen waren vor 1939 westlich der heutigen Ostgrenze am Bug/San (Curzon-Linie) rund 23 Millionen Einwohner. Aus dem Gebiet östlich dieser Linie, das sich die Polen entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages 1921 angeeignet hatten, sollen nach den Veröffentlichungen in der Presse etwa 2 Millionen nach Polen zurückgekehrt sein. Der Ministerrat in Warschau gab am 1. 2. 47 bekannt, daß die polnischen Kriegsverluste 8 023 000 Mann betragen. Nach Mitteilungen der UNNRA soll die Zahl der Polen, die nicht in ihre Heimat zurück wollen, etwa 700 000 betragen. Demnach verbleiben etwa 18 Millionen für den jetzt von der polnischen Regierung beherrschten Raum zwischen Oder/Neiße und Bug/San. Am 27. Januar 1947 erklärte der polnische Vertreter auf der Londoner Konferenz, Wierglowski, daß bis zum Herbst d. J. in den deutschen Ostprovinzen 4 298 000 Polen angesiedelt sein würden.

Jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß der Raum, der bisher von 8 900 000 Deutschen bewohnt war, nicht von 4 298 000 Polen bewirtschaftet werden kann. Das ist um so weniger möglich, wenn, wie die polnische Regierung erklärt hat, der zahlreiche Großgrundbesitz in kleinere Bauernstellen aufgeteilt werden soll.

In Deutschland stehen bei einer derartigen Grenzziehung für 71 Millionen Menschen 13 940 000 Hektar Acker zur Verfügung, in Polen für 18 Millionen 18 500 000 Hektar Acker!

Das kann nicht der Wille der Völker sein, die für einen gerechten Frieden in den Krieg gezogen sind!

Die Sozialdemokratie wird nicht erlahmen, an das Gewissen der Welt zu appellieren, um zu vermeiden, daß ein neues Unrecht geschieht!

Dazu braucht sie als Legitimation die letzte Stimme des politisch mündigen Flüchtlings! Der Gang zur Wahlurne am 20. April 1947 ist für viele der erste Schritt zur Rückkehr in die alte Heimat!

Das ist die eine Lösung des Flüchtlingsproblems! Hier ist die Kraft des Einheimischen nicht größer als die eines jeden Flüchtlings. Wie der Einheimische seinen gedankenlosen Nachbarn aufzumuntern hat, wenn er in Verknennung der Verhältnisse nicht hilfsbereit ist, so muß jeder Flüchtling die Zeit bis zur Wahl am 20. April dazu nutzen, seine Leidensgenossen aufzurütteln. Es ist begreiflich, wenn sie nach soviel Leid und Elend, nach soviel Entbehrungen und Enttäuschungen apathisch und stumpfsinnig gegen alles geworden sind. Hier muß der eine dem anderen helfen! Die Stimme des Verzweifelten ist ebenso wichtig wie die des Hoffenden. Deshalb muß jeder Flüchtling für das Ziel seiner Wünsche und Träume auch praktisch arbeiten. Das kann er dadurch am besten tun, daß er in den Kreisen seiner Leidensgefährten für Aufklärung und Wahlbereitschaft bis in die letzte Baracke sorgt!

Die Stellung der SPD zum Flüchtlingsproblem

Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Kranstöver, die selbst Flüchtling ist und im Vorstand der SPD die Flüchtlingsinteressen vertritt, verlangte im Landtag

die Gleichberechtigung der Flüchtlinge,

damit sie nicht Bürger zweiter Klasse werden. Durch den Ryba'schen Entwurf würde kein Flüchtling ein Bett oder einen Topf bekommen. Die SPD will die von Dr. jur. Ryba ins Grotische gesteigerte Bürokratie vermeiden, weil sie eine positive und produktive Flüchtlingshilfe will. Hierfür ist eine Revolutionierung der Gesinnung nötig.

Von Landrat Käber mußte sich Dr. Ryba an Hand von einzelnen Tatsachen über die Erfolglosigkeit seiner Regierungsmethode belehren lassen.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Oberbürgermeister Gayk, Kiel, hielt scharfe Abrechnung mit der Flüchtlingspolitik der CDU.

Er führte folgendes aus: „Der Entwurf ist kein Gesetz für Flüchtlinge, sondern ein Gesetz für die Zwecke des Herrn Ryba. Es ist ein politisches Ermächtigungsgesetz, das im Endergebnis gemeingefährlich ist, weil es den Flüchtlingszustand verewigt und damit den Unfrieden im Lande organisiert. Aemter haben wir genug, es kommt auf die praktische Hilfe an. Es erweist sich immer wieder, daß letzten Endes

nur Menschen den Menschen helfen können!

Der CDU-Entwurf ist so undemokratisch, wie er nur sein kann. Es handelt sich hier keineswegs um einen parlamentarischen Betriebsunfall, als den ihn hier die CDU-Redner hinstellen wollen. Herr Dr. Ryba hat sehr wohl gewußt, was er tat. Aber seine Klugheit ist von der gefährlichen Hintergründigkeit jener Leute, die das Volk hinter's Licht führen,

die alles versprechen, wenn ihnen nur eines gegeben wird: Die Macht!

In einem Parlament, das über politische Tradition verfügte, würde es zum politischen Takt gehören — auch für eine Fraktion —, die Konsequenzen in einem solchen Falle zu ziehen. Da es scheinbar an diesem Takt fehlt, fühlen wir uns gezwungen, etwas nachzuhelfen, damit die in Schleswig-Holstein betriebene Flüchtlingspolitik dem Programm der Landesregierung entspricht.

Die Flüchtlinge können nicht darunter leiden,

daß der Volkswohlfahrtsminister seiner Aufgabe nicht gewachsen ist.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat deshalb ein neues

Flüchtlingsnot-Gesetz

entworfen, das sie dem Landtag hiermit vorlegt.“

Unter der lautlosen Stille des vollbesetzten Hauses verlas Oberbürgermeister Gayk den folgenden Antrag der SPD:

Dringlichkeitsantrag

der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages
zur Linderung der Flüchtlingsnot

I.

Die Entwicklung der Verhältnisse in den letzten Wochen hat gezeigt, daß die Maßnahmen des Obersten Kontrollrates bei der Zuweisung von Kriegsvertriebenen oder Opfern des Nazikrieges nach Schleswig-Holstein einer Katastrophe entgegengehen, die Einheimische und Kriegsvertriebene an den Rand der Verzweiflung treibt. Die Beschlüsse des Obersten Kontrollrates sind nicht bekannt, weder in ihrem Umfang, noch hinsichtlich ihrer endgültigen Auswirkung und des Zeitplanes. Bekannt ist lediglich nur die sogenannte „Sättigungszahl“ für Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein hat weder den erforderlichen Wohnraum, noch bietet es die notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine endgültige Eingliederung von mehr als 1/4 Millionen Menschen, die größtenteils völlig mittellos, krank und siech hierher verschlagen sind. Die geringe Zahl der Personen, die in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden können, steht in einem auf die Dauer untragbaren Mißverhältnis zur Zahl der Personen, die ihren kargen Lebensunterhalt aus öffentlichen Mitteln bestreiten müssen.

In ernster Sorge um die Zukunft, die beim Fortbestand der gegenwärtigen Situation für Kriegsvertriebene und Einheimische eine gleichgroße Gefahr bildet, beauftragt der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung mit folgenden Maßnahmen:

1. Die Militärregierung ist zu ersuchen, die Abmachungen und Verfügungen des Obersten Kontrollrates über die Ausweisung von Deutschen und die Lenkung der Transporte bekanntzugeben.
2. Infolge der pausenlosen Einschleusung der Kriegsvertriebenen bis zum August 1946 war eine planvolle Lenkung der Transporte unmöglich. Arbeitseinsatzmöglichkeiten, verwandtschaftliche oder Familienverhältnisse, auch religiöse Anschauungen konnten ebenso wenig Berücksichtigung finden wie Versorgungsmöglichkeiten, Wohnkultur und staatspolitische Notwendigkeiten im Grenzbezirk. Für eine vernünftige Ummsetzung der Bevölkerung, die diesen und anderen Forderungen Rechnung trägt, ist eine großzügige Auflockerung auf zonaler und interzonaler Basis die erste Voraussetzung. Das Aufbau-Ministerium wolle daher geeignete Pläne für derartige Maßnahmen aufstellen und bekanntgeben.

3. Dem Landtag ist bildmöglichst statistisches Material zuzuleiten über folgende Fragen:

Alters- und Geschlechtsgliederung,
Einsatzfähigkeit,
Berufsgruppen-Zugehörigkeit,
Zugehörigkeit zur Gruppe Renten- und Pensionsempfänger,
Zahl der Witwen, Waisen, Schwerverehrten und Hilfsbedürftigen,
Zahl der durch Fliegerschaden wohnungslos Gewordenen,
Zahl der politisch, rassisch und religiös Verfolgten;
Zahl der heimatlos entlassenen Kriegsgefangenen,
Wohnraumzahlen.

Die Zahlen sind, soweit möglich, nach Einheimischen und Kriegsvertriebenen zu trennen.

II.

Die Landesregierung wolle dem Schleswig-Holsteinischen Landtag beschleunigt ein

Flüchtlingsnot-Gesetz

vorlegen, in dem u. a. folgende Fragen geregelt werden:

1. Es ist klarzustellen, für welche Personengruppen eine besondere gesetzliche Regelung ihrer Rechts- und Besitzverhältnisse erforderlich ist.
2. Die Gleichstellung dieses Personenkreises mit der einheimischen Bevölkerung hinsichtlich des Anspruchs auf neu zu vergebenden Wohnraum.
3. Dieser Personenkreis ist hinsichtlich der Versorgung mit den notwendigen Bekleidungs-, Gebrauchs- und Einrichtungsgegenständen dem Kreis der Einheimischen gleichzustellen, die als Bombengeschädigte oder sonstige Hilfsbedürftige besonders berücksichtigt werden.
4. Für ihre Arbeits- und Berufslenkung gelten die gleichen Grundsätze wie für die einheimische Bevölkerung.
5. Maßnahmen zur Wiedervereinigung der durch den Krieg auseinandergerissenen Familien.
6. Die Betreuung eines Kriegsvertriebenen ist beendet, wenn er an einen endgültigen Aufenthalt und in Arbeit gebracht ist und einen der einheimischen Bevölkerung angeglichenen Lebensstandard erreicht hat.
7. Regelung der Ansprüche auf Renten, insbesondere aus der Unfallversicherung.
8. Regelung der Ansprüche auf Pensionen.
9. Regelung der Ansprüche aus Spar- und Bankguthaben, Versicherungsverträgen und Kriegsschäden aller Art zur beschleunigten Vorbereitung des Lastenausgleichs.
10. Schaffung eines neuen Mietrechts.
11. Heranziehung von Gebrauchsgegenständen aus beschlagnahmten Nazivermögen.
12. Gewährung von Krediten an Genossenschaften und von Anlaufkrediten an Handwerker, Gewerbetreibende, Siedler usw. zu produktiven Zwecken.
13. Fürsorge für Veteranen der Arbeit, für Kriegsverwehrt und Hinterbliebene.
14. Unterbringung der Jugendlichen in geeignete Lehrstellen.
15. Fürsorge für elternlose Flüchtlingskinder.

16. Ausreichende Betreuung aller Hilfsbedürftigen durch die öffentliche Fürsorge.
17. Die zuständigen Behörden sind verpflichtet, die Eingliederung der Flüchtlinge mit allen Mitteln zu fördern. Insbesondere sind sie bei der Einstellung von Arbeitern und Beamten, bei der Erteilung von Handels- und Gewerbeberechtigungen, bei der Zulassung freiberuflicher Tätigkeit als Anwalt, Arzt usw. und bei der Errichtung selbständiger landwirtschaftlicher Betriebe gegenüber der einheimischen Bevölkerung unter den gleichen Voraussetzungen gleichberechtigt zu behandeln.

III.

Soweit für die Durchführung dieser Maßnahmen der Verwaltungsaufbau in den Gemeinden und Kreisen einer Aenderung bedarf, ist er unter Berücksichtigung größter Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit vom Innenministerium den neuen Erfordernissen anzupassen.

IV.

Das Ziel aller Maßnahmen der Behörden und Organisationen muß darauf gerichtet sein, das organische Aufgehen der Flüchtlinge in der einheimischen Bevölkerung zu gewährleisten. Alle dem entgegenstehende Tendenzen sind für Einheimische und Kriegsvertriebene von Nachteil und daher zum Gesamtwohl der auf schleswig-holsteinischem Boden Wohnenden zu unterbinden.

Der Logik dieses Flüchtlingsnot-Gesetzes konnte sich kein Landtagsabgeordneter verschließen. Einstimmig erklärte der Landtag seine Zustimmung für die Dringlichkeit.

Der Abgeordnete Gayk nimmt nochmals das Wort und erklärt: „Das Rybasche Flüchtlingsgesetz ist gefallen. Wir kennen die politischen Hintergründe des Entwurfs. Wir kennen den Geist, der aus ihm spricht. Der Geist, den sein Gesetzentwurf atmet, zwingt uns zu der Forderung:

Wenn der Mantel fällt, muß der Herzog nach!

Es wäre unverantwortlich, einem solchen Manne die Vorarbeiten für ein neues Flüchtlingsgesetz anzuvertrauen.

Deshalb wird beantragt:

Der Landtag wolle beschließen:

Landesminister Dr. Ryba besitzt nicht das Vertrauen des Landtages!“

Der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen CDU, Abgeordneter Schröter, kann seinen als Flüchtlings-Fachminister von Format gepriesenen Fraktionskollegen nicht mehr rein waschen. Sichtlich betrübt erklärt er:

„Dr. Ryba hat vorbeigehauen. Er ist dafür gerüffelt worden.“

Also hat Dr. Ryba sich doch auf Abwegen befunden!

Die Abstimmung in mitternächtlicher Stunde ergibt, daß die CDU-Abgeordneten dem Fraktionszwange, nicht dem eigenen Triebe folgend, sich für Dr. Ryba erklären. Ihnen schloß sich nur der konservative Abgeordnete an, der sich der Hoffnung hingab, daß der junge Minister aus den Fehlern lernen könne.

Die Abgeordneten aller übrigen Fraktionen stimmten für den Mißtrauensantrag.

Der von seinen Freunden „gerüffelte“, von seinen Gegnern geschlagene Dr. Ryba verläßt seinen Ministerplatz, auf dem er nach dem Urteil seiner eigenen Fraktion in der Flüchtlingsfrage vorbeigehauen hat!

Das Nachspiel war kurz: Die CDU will ihre Minister aus der Regierung zurückziehen und aus der Parteikrise der CDU eine Kabinettskrise in

Schleswig-Holstein machen. Die CDU Minister halten den „Fall Ryba“ durch seinen Abgang für erledigt und verbleiben trotz Partebefehl im Amt. Es folgen sich widersprechende Meldungen und kraftstrotzende Erklärungen in den Kieler Nachrichten und im Rundfunk, und — dann bleibt alles wie es war; die CDU-Minister bleiben im Amt, das Wohlfahrtsministerium wird mit einem neuen CDU-Minister besetzt.

Und die Moral von der Geschichte:

Trau dem „waschechten“ Flüchtling nicht!

Der 100tägige Regierungsversuch von Dr. Ryba hat gezeigt, daß das Flüchtlingsproblem kein Thema für Dilettanten ist. Unerfahrenheit und Jugend sind in der Politik keine Entschuldigungsgründe. Ein 38jähriger Volljurist hat keinen Anspruch auf Jugendschutz, wenn er als „Staatsmann“ vorbeihaut. Er muß dem Rate derjenigen folgen, die es gut mit ihm meinen: Schuster bleib bei Deinem Leisten, sonst kannst Du nicht mehr Schuster heißen!

Daß aber die Sozialdemokratie mit ihrem Antrag Gayk nicht vorbei gehäuen hat, sondern den Nagel auf den Kopf traf, das hat die Abstimmung im Landtag gezeigt: Kein Einheimischer und kein Flüchtlingsvertreter konnte die Richtigkeit und Dringlichkeit der präzisen Forderungen bestreiten!

Der Wille zum Aufbau!

Ein grausamer Winter, der alle Arbeit und Initiative lähmte, nähert sich seinem Ende. Jetzt beginnt ein neuer Abschnitt zur Lösung des Flüchtlingsproblems.

Im Mittelpunkt der Aufbauarbeit muß der Mensch stehen! Die Nazi-Zeit mit der Verachtung des Schicksals des Einzelmenschen ist vorbei, sie darf nicht abgelöst werden durch die Herrschaft von Pragaphen-Reitern, die unter einer Hochflut von Bestimmungen ihre diktatorischen Absichten zwar verschleiern, aber um so wirksamer durchführen wollen.

Am 20. April d. J. wird über den künftigen Kurs in Schleswig-Holstein entschieden!

Da entscheidet sich auch ein Teil des Schicksals der Flüchtlinge!

Zur Bildung des ersten gewählten Schleswig-Holsteinischen Landtages sind Einheimische und Heimatvertriebene politisch gleichberechtigt. Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind die Nazi-Aktivisten, einerseits ob sie zwischen der dänischen Grenze und der Elbe oder östlich der Oder/Neiße, ob in Berlin, Stettin oder Mecklenburg ihr Unwesen getrieben und Unfrieden gesät haben.

Niemals zuvor hat ein Parlament vor so gewaltigen Aufgaben gestanden, wie der Schleswig-Holsteinische Landtag vom Jahre 1947! Es kommt bei der Wahl nicht entscheidend darauf an, wo die Wiege des Kandidaten gestanden hat. Diesen Standort hat sich niemand aussuchen können. Es ist auch kein Maßstab für den Wert oder Unwert eines erwachsenen Menschen! Es kommt auf das Verantwortungsbewußtsein, auf die sittliche und staatspolitische Reife an.

Die schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten erfüllen ihre Pflicht nicht dadurch, daß sie nach dem Beispiel der Nazi-Reichtagsabgeordneten zwei Liederstrophen singen.

Sie tragen vor ihrem Volk und vor der Geschichte eine Verantwortung von noch nie dagewesener Größe und Schwere!

Unter diesem Gesichtswinkel sind die sozialdemokratischen Kandidaten aus den Reihen der Flüchtlinge und der Einheimischen ausgewählt worden, Männer und Frauen aus allen Berufsschichten, die das harte Alltagsleben und die verschiedenartigsten Schicksalsschläge gefornht haben.

Allen verbunden in dem gemeinsamen Geist einer völkerverbundenen Solidarität, einer auf Demokratie und Sozialismus basierenden Weltanschauung!

Gestählt im Kampf mit Not und Sorgen gehen sie an den Aufbau ihrer Heimat, die durch den Krieg und die Kriegsfolgen schwer getroffen ist, in der das Wirtschaftsleben mühsam um die Anfänge eines Wiederentstehens ringt!

Sie kennen ihre Aufgabe und wissen, daß ihren Arbeitsbrüdern und -schwwestern aus dem deutschen Osten auf die Dauer nicht Fürsorge-Unterstützung und Notquartier helfen. Seelischer Trost und Hilfe der Wohlfahrtsorganisationen haben zwar viele Tränen getrocknet, sie beseitigen aber nicht die Ursache der blutenden Herzen!

**Für Hunderttausende muß das Tor geöffnet werden,
das ihnen den Rückweg in ihre Heimat öffnet!**

Am 19. 10. 1946 veröffentlichte „Die Tat“ in Zürich eine Mitteilung, daß in den schleswigschen Kreisen die dortige dänische Volksgruppe von den 300 000 Flüchtlingen majorisiert würde. Deshalb fordere die nicht als politische Partei, sondern nur als „kulturelle Vereinigung“ zugelassene Südschleswigsche Vereinigung, daß alle Flüchtlinge aus den schleswigschen Kreisen „entfernt“ werden sollen. Wohin? Das kümmert diese „Kultur-Vertreter“ nicht, ihretwegen können sie den Kreisen südlich der Eider zusätzlich aufgeladen werden! Als diese Anträge vor einigen Monaten gestellt wurden, hat der damalige sozialdemokratische Minister für Volkswohlfahrt Pohle (früher sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter für Schlesien) ihnen erklärt: Wir würden es im Interesse aller, der Einheimischen sowohl als auch der Flüchtlinge begrüßen, wenn es möglich gemacht wird, daß 200 000 bis 300 000 Menschen in andere Zonen gehen. Das kann nur im Wege der Freiwilligkeit geschehen. Niemand, der ein Herz im Leibe hat, kann die Flüchtlinge nochmals zwangsweise in Marsch setzen.

Gibt es denn noch Raum in Deutschland? Ist nicht überall die gleiche drangvolle Enge wie bei uns in Schleswig-Holstein?

Nein! in Schleswig-Holstein haben 1,4 Millionen Einheimische 1,2 Millionen Heimatvertriebene aufgenommen. Da die Großstädte hier wie anderweitig zerstört sind, sind sie überwiegend auf dem Lande untergebracht. Deshalb haben alle Landkreise mehr als 100 Prozent Bevölkerungszuwachs!

In Bayern haben 6,9 Millionen Einheimische 1 536 000 Flüchtlinge untergebracht (Stand im November 1946). Das wirkte sich so aus, daß nur 7 Landkreise mehr als 40 Prozent Bevölkerungszuwachs bekamen, 66 Kreise nur 30—40 Prozent Bevölkerungszuwachs. In 73 bayerischen Landkreisen war Ende 1946 noch keine 30prozentige Bevölkerungszunahme zu verzeichnen.

2 900 000 Württemberger haben 530 000 Flüchtlinge untergebracht, 3,2 Millionen Hessen sogar nur 551 000.

In Süd-Württemberg leben neben 1 108 000 Einheimischen 25 000 Flüchtlinge, in Südbaden bei 1 118 000 Badensern 8000 Deutsche aus Oesterreich usw.

Bei Aufhebung der Zonengrenzen und beim Fortfall der Zuzugssperren kann manches ausgeglichen werden. Manche auseinandergerissene Familie könnte sich wieder vereinigen.

Für viele Menschen kann die schwere Last um einen halben Zentner erleichtert werden, wenn er dort seine Zelte aufschlagen kann, wohin ihn die Sehnsucht lockt, wo sich leichter Arbeit und Brot findet als in dem durch Ueberbevölkerung wirtschaftlich blockierten Schleswig-Holstein.



Aber für viele wird

Schleswig-Holstein die neue Heimat

werden! Alle Flüchtlinge, die hier bleiben, müssen in die Dorf- und Stadtgemeinschaften aufgehen; nicht nur „untergebracht“ werden. Das gemeinsame Ziel aller muß sein, sie wirtschaftlich, sozial und kulturell als gleichberechtigte Angehörige der Wohngemeinde einzugliedern. Das ist erreichbar! Ist es aber eines Tages erreicht, dann muß entsprechend dem sozialdemokratischen Antrag aber auch die Sonderstellung aufhören, die den Flüchtling, ob gewollt oder nicht, ob mit Recht oder Unrecht, zu einem Wohlfahrtsempfänger macht, der er gar nicht sein will und auf die Dauer auch nicht sein kann und darf.

Der von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion schon vor Monaten eingebrachte Antrag auf einen

gerechten Lastenausgleich

soll die Ungleichheit im Besitz- und Vermögensstand beseitigen. Der jetzige Besitzstand ist doch ein reines Zufallsprodukt des unberechenbaren Krieges! Mit Verdienst oder Können des einzelnen hat das nichts mehr zu tun! Die Neuregelung ist eines der schwierigsten Probleme, aber auch das dringendste. Leider hat die britische Militärregierung bisher noch nicht die Genehmigung für die Durchführung des SPD-Antrages erteilt.

Lebensraum für Flüchtlinge durch die Agrarreform

Stärkste Intensivierung der Agrarwirtschaft mit dem Ziel des höchstmöglichen Einsatzes menschlicher Arbeitskraft und Schaffung von Neuland durch umfangreichste Urbarmachung von Oed- und Moorland sind Maßnahmen von besonderer Bedeutung für die Lösung des Flüchtlingsproblems, damit möglichst vielen aus der Landwirtschaft stammenden Flüchtlingen eine

neue Lebensgrundlage

geschaffen wird! Die sozialdemokratische Fraktion des vorigen Landtages hat verantwortungsbewußt die Vorarbeiten für eine

Agrarreform

geschaffen, die verbunden mit der von ihr geforderten

Bodenreform

den schleswig-holsteinischen Neuaufbau einleiten soll. Leider hat auch hier die britische Militärregierung bisher die Zustimmung nicht erteilt.

Wenn der Weg frei ist für die Durchführung der sozialdemokratischen Agrarpolitik, dann können mehr als 300 000 ha Großgrundbesitzerland in bäuerlichen Besitz überführt werden.

In den jetzt noch menschenleeren Gutslandschaften können ertragreiche Bauerndörfer entstehen, in denen selbständige Bauern den Kampf gegen den Hunger aufnehmen, Landbevölkerung, die hart zu arbeiten gewohnt und bereit ist, die den Nachbarn nicht danach wertet, ob seine Wiege in Ostpreußen oder Schleswig-Holstein, ob in einem Bauernhaus oder einer Arbeiterkate gestanden hat. Für ihre Legitimation brauchen sie nicht wie s. Zt. im Hitler-Koog den

Geburtsschein, sondern die schwierige Faust, die weiß, wohin der Samen zu säen ist, den Arm, der die Sense führen kann, um auf

eigenem Boden, fürs eigene Volk das Brotkorn zu bauen!

Mehr Bauern, mehr Arbeit, mehr Brot!

Die Eingliederung der aus Industrie und Gewerbe stammenden Flüchtlinge in die gewerbliche und industrielle Wirtschaft ist ebenso notwendig wie schwierig, weil die bisherige Industrie stark zerstört und demontiert ist. Hier muß die Initiative des einzelnen aufgerufen und angekurbelt werden. Aber Planlosigkeit würde hier zur unvermeidlichen Folge haben, daß ein zielloses Wandern kreuz und quer durch die vier Zonen alle mühsame Verteilung des noch auf Jahre verknappten Wohnraumes zunichte macht.

Das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein ist überwiegend auf dem Dorfe und in den Kleinstädten zu lösen, weil die wenigen Großstädte auf Jahre hinaus nicht aufnahmefähig sind. Ein wirkliches Einleben in eine dörfliche Gemeinschaft setzt in der Regel ein gemeinsames Arbeiten, ein produktives Schaffen voraus. Dauerunterstützungsempfänger werden im bäuerlichen Leben leicht zu einem Fremdkörper. Den Veteranen der Arbeit, den Opfern ihres Berufes und des Krieges und den nicht einsatzfähigen Hinterbliebenen muß auf der Grundlage des Existenzminimums ihr Rechtsanspruch auf Rente gewährleistet werden.

Für Schwache und Sieche, für Waisen und Hilfsbedürftige muß die Fürsorge frei sein von dem Stachel der Gnade und Barmherzigkeit.

Die Stätten für die Erholung und Stärkung, für die Auffrischung der im Kampf für das Leben und die Existenz verlorenen Kraft an der Ost- und Nordsee, in der holsteinischen Schweiz und auf den Inseln müssen weitgehendst wieder für ihren wirklichen Zweck freigemacht werden. Aber nicht für Schwarzhändler und Großverdiener, nicht für unverstandene, sensationslüsterne Damen der sogenannten „besseren Gesellschaft“, die keine Existenzberechtigung hat, sondern für unser krankes Volk!

Schleswig-Holstein hat gezeigt, daß es seiner schweren Aufgabe gewachsen ist! Es wird sie auch in der Zukunft tun!

Es kann einigen hunderttausend Brüdern und Schwestern aus dem Osten eine neue Heimat bieten! Das wird auch geschehen!

Die Sozialdemokratische Partei ist ihre politische Heimat!
Die Flüchtlinge stehen nicht allein!

Sie will bis zur Grenze des Erträglichen ihnen auch zu einer neuen Heimat helfen.

Helft uns am 20. April, damit Euch geholfen werden kann!

Euch helfen nicht Versprechungen, nicht Trost in Eurem Leid! Euch nützen keine formell-juristischen dilettantischen „Rechtsordnungen“ und vielgliedrige „Ausschüsse mit beratender Tätigkeit“!

Euch hilft nur die Tat!

In harter, aber zielbewußter Arbeit müssen wir gleichberechtigt zusammenstehen. Eingegliedert in die Volksgemeinschaft unseres Landes müssen wir schicksalsverbunden uns der Not entgegenstemmen. Keine kindlichen Grenzen

nach „ostdeutschen Minderheiten“ und „einheimischen Mehrheiten“ oder umgekehrt. Uns Sozialdemokraten eint nur eine Partei, wir wollen auch nur eine schleswig-holsteinische Bevölkerung.

Uns alle verbindet über Länder- und Provinzgrenzen hinaus ein gemeinsames Schicksal:

Entweder sinken wir durch Unvernunft noch tiefer in den Abgrund hinab oder wir vereinigen alle unsere Kraft, damit aus Ruinen und Schmach, aus Not und Elend ein neues, wenn auch armes, aber ehrliches Deutschland wird!

Möge das Feuer, das unsere Herzen in den dunkelsten Stunden der Nazi-Tyrannie durchglühte, alle erfassen. Möge es hell voranleuchten auf dem harten, bitteren Weg!

Wir wollen durch demokratische Freiheit zum Frieden der Welt!

In diesem Ringen steht die deutsche Sozialdemokratie an erster Stelle und läßt sich von niemandem übertreffen an Einsatzfreudigkeit und Opferwilligkeit für die Freiheit des deutschen Volkes!

Gestern wie heute und für alle Zukunft gilt für sie das Dichterwort:

Herrlich zeigt sich in Deiner größten Gefahr,
daß Dein ärmster Sohn auch Dein treuester war.
Denk es, o Deutschland!

Partei des armen Mannes - Partei des Friedens!

Entschließung des Bezirksparteitages Schleswig-Holstein

der Sozialdemokratischen Partei vom 9. März 1947

Der harte Winter hat nicht nur die Not der Heimatvertriebenen, der Flüchtlinge und Ausgebombten ins Grauenhafte gesteigert. Das ganze deutsche Volk hungert und friert. Die Flüchtlingslager und Notunterkünfte aber sind Stätten des Schreckens und des Grauens geworden.

Einem hungernden und verzweifelten Volk helfen keine Lippenbekenntnisse zur Humanität und keine Mildtätigkeit. Noch nirgends in der Welt ist es möglich gewesen, das Gebäude einer erfolgreichen demokratischen Selbstregierung auf der Grundlage des Hungers und der wirtschaftlichen Unordnung zu errichten. Darum fordern wir: Laßt uns endlich wieder arbeiten! Gebt uns Verfügungsrecht über eine ausreichende Menge Kohlen, damit Industrie und Handwerk für die Erzeugung von Gebrauchs- und Austauschgütern anlaufen können. Alles andere hilft nichts. Nur so können wir unser Volk retten und es als friedfertiges und demokratisches Volk einem besseren Europa einordnen.

Nur damit ist auch den Flüchtlingen geholfen. Nur die Eingliederung in den Arbeits- und Wirtschaftsprozess gibt ihnen das Gefühl für Würde und eine Heimat wieder. Nur der von uns geforderte Lastenausgleich ist Hilfe für eine Zeit des Uebergangs. Nichts ist ihnen gewidmet mit Wohlfahrtsunterstützungen, mit kleinen Hilfsaktionen, mit Schaffung von Ausschüssen, mit Versprechungen und Beteuerungen.

Aber wir wissen auch, daß der verengte deutsche Raum nie alle jetzigen Bewohner ernähren kann. Darum — nicht aus nationalistischen Gründen — und weil die jetzige Besatzungsmacht den Raum östlich der Oder/Neiße-Linie weder besiedeln noch bewirtschaften kann, fordern wir aus dem Geiste europäischer Gesinnung die Zurückgabe an Deutschland.

Die Sozialdemokratische Partei, seit Jahrzehnten die Partei des armen Mannes und der internationalen Verständigung, wird die Klassen- und Völkergegensätze ausgleichen und beseitigen. Sie hat für diese historische Notwendigkeit als einzige Partei ein konstruktives Programm. Alle, die guten Willens sind, müssen ihr zuströmen, weil nur durch sie der Zerfall des Abendlandes verhindert werden kann.

Die Partei wird nie ihre Grundsätze verraten können, ohne sich selbst aufzugeben. Sie ist daher auch in dieser Zeit die Partei der Notleidenden und damit auch die Partei der Heimatvertriebenen. Sie wird für sie arbeiten und ruft ihnen zu:

Nicht verzweifeln! Ihr steht nicht allein!

Schulter an Schulter werden Einheimische und Flüchtlinge das gegenwärtige deutsche Chaos meistern!